



Freitag, 23. Oktober 2026, 17:00 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Der Krisen-Cocktail

Die Eskalation in Frankreich ist nicht nur ein „Schülerprotest“ — vielmehr zeigen sich hier an mehreren Stellen Risse, an denen die Gesellschaft des Landes auseinanderbrechen könnte.

von Manovas Weltredaktion
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Pierre Laborde)

Seit Wochen herrscht in Frankreich und im französischsprachigen Teil Belgiens Unruhe, ausgelöst durch Schülerdemonstrationen, die in der Hauptstadt

Paris ihren Anfang nahmen. Nachdem sich Jugendliche aus den Banlieues – den berüchtigten Vororten – den Protesten angeschlossen hatten, arteten diese regelmäßig in Gewaltausbrüche aus. Die Eskalationen brachten neben der Bildungskrise auch die Migrationskrise und die politische Krise ans Licht.

Frankreich wird schon seit Wochen von Schülerprotesten

erschüttert – die als Widerstand gegen Mängel im Bildungswesen begannen, sich inzwischen aber zu einem breiteren Ausbruch gesellschaftlicher und politischer Unzufriedenheit entwickelt haben.

In Paris ist diese Spannung auf den Straßen spürbar. „Ich bin ziemlich oft in Paris und bemerke normalerweise kaum Veränderungen“, erzählt Joe Derks, der als Fahrradhändler häufig in Frankreich zu tun hat. „Als wir letzte Woche zu unserem Hotel gingen, hörte ich ständig Sirenen. Viel mehr als normalerweise. Es roch nach Brand, als ob Plastik verbrannt würde, und wir sahen, wie hinter den Häusern Rauch aufstieg. An den Straßenecken standen Gruppen von Jugendlichen. Soweit ich sehen konnte, handelte es sich vor allem um französische Studenten und Jugendliche nordafrikanischer Herkunft. In der Ferne hörten wir Lärm. Im Hotel schauten wir aus dem Fenster und sahen, wie auf der Straße etwa fünfzig Bereitschaftspolizisten vorbeizogen. Unsere Nasen und Hälsen waren ständig gereizt. Da dämmerte es mir, dass wir uns in einer Tränengaswolke befanden.“

Die Studentenproteste in Frankreich brachen am 17. September 2026 am Lycée Antoine de Saint-Exupéry in Créteil, einem Vorort von Paris, aus. Das Schuljahr hatte gerade erst begonnen, da stellte sich bereits heraus, dass der Schule etwa zehn Lehrkräfte fehlten.

Die anwesenden Lehrer konnten die Arbeitsbelastung nicht länger bewältigen und legten die Arbeit nieder. Einen Tag später blockierten mit ihnen sympathisierende Schüler den Eingang des Lyzeums mit Containern und verteilten Flugblätter. Über X, TikTok und Instagram verbreiteten sich die Bilder von dem kleinen Streik blitzschnell in ganz Frankreich. Überall kannten Schüler die Situation von Personalmangel, schlechten Mahlzeiten und überfälligen Instandhaltungsarbeiten an der Schule.

Banlieues

Auch die Rolle von Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus den Banlieues wurde daraufhin zum Thema der politischen Diskussion. Danach wurde es von Tag zu Tag schlimmer und schlimmer. Die Schülergewerkschaft Union Syndicale Lycéenne rief Ende September zu landesweiten Aktionen auf, und am 1. Oktober waren bereits über 1.000 Schulen in Frankreich an den Protesten beteiligt. Die Behörden meldeten an diesem Tag fast 2.000 Festnahmen und 300 verletzte Polizisten. In Bordeaux wurde ein Feuerwehrmann von einem Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Brand gesetzt. Der Mann wurde mit Verbrennungen ins Krankenhaus gebracht. In Nantes brach in einem Gymnasium ein Feuer aus. In Marseille wurden ebenfalls Feuerwehrleute angegriffen, als sie ein kleines Feuer vor dem Lycée Saint-Exupéry löschen wollten, und eines ihrer Fahrzeuge wurde in Brand gesetzt. Emmanuel Macron sprach von „beispielloser städtischer Gewalt“.

Nach Angaben der französischen Regierung gingen am 6. Oktober in dutzenden Städten mehr als eine Viertelmillion Menschen auf die Straße. Zwei Tage später eskalierte die Lage auch rund um den Place de la Bastille in Paris. Pflastersteine und Feuerwerkskörper flogen in Richtung der Polizisten, woraufhin die Polizei Tränengas und einen Wasserwerfer einsetzte.

Die Demonstration mit rund 25.000 Teilnehmern verlief größtenteils friedlich, doch rund um den Platz kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen Gruppen von Demonstranten und der Polizei.

Die Unruhen griffen zudem auf das französischsprachige Belgien über, wo Schüler unter anderem in Lüttich und Brüssel ihre Schulen blockierten. Auch hier gingen einige Aktionen mit Sachbeschädigungen und Zusammenstößen mit der Polizei einher. Am 9. Oktober wurden bei Ausschreitungen im Zusammenhang mit der nationalen Gewerkschaftsdemonstration in Brüssel mehrere Busse angegriffen, von denen einer in Flammen aufging. Die Polizei musste Fahrern und Fahrgästen aus den angegriffenen Fahrzeugen helfen.

Inzwischen wurden in Frankreich und Belgien bereits mehr als 6.000 Personen festgenommen; laut dem Ministerium für Inneres sind 85 Prozent von ihnen minderjährig.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren den Einsatz von Tränengas und Gummigeschossen bei Demonstrationen mit vielen Kindern, die Behörden verweisen jedoch auf die übermäßige Gewalt gegen Polizeibeamte. Am 12. Oktober schoss ein 14-jähriger Schüler an einer weiterführenden Schule im südfranzösischen Aubagne den Schulleiter und eine Lehrerin mit einem Jagdgewehr nieder, das er in einem Gitarrenkoffer versteckt hatte. Beide wurden schwer verletzt. Unterdessen flammte die Gewalt in den Städten erneut auf.

„Ich wohne ganz in der Nähe des Odéon“, erzählt Laura Martin, eine Pariserin belgischer Herkunft. „In der einen Straße stehen Polizisten mit Schutzschilden und Demonstranten mit Feuerwerkskörpern und Molotowcocktails, kaum eine Straße weiter sitzen die Leute ganz normal auf der Terrasse. Sie trinken Kaffee oder schlendern mit ihrer Einkaufstüte ganz unbekümmert an der Polizei vorbei. Das Leben in Paris geht einfach weiter, auch wenn es vor allem unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund hier viel Unzufriedenheit

gibt.“

Benachteiligte Vorstädte

In den armen Vororten von Paris fühlen sich viele Jugendliche schon seit Jahren

benachteiligt. In Seine-Saint-Denis lebten im Jahr 2023 fast 4 von 10 Minderjährigen in Armut. Bereits 2005 und 2023 kam es dort zu Ausschreitungen. Nach Angaben des französischen Ombudsmanns hält die Polizei junge Männer, die als schwarz oder nordafrikanisch wahrgenommen werden, deutlich häufiger an als andere. Die Regierung wirft der radikal-linken Partei „La France insoumise“ (LFI) vor, die Demonstrationen anzustacheln. Laut einem Geheimdienstbericht kamen bei sechs der 27 untersuchten Aktionen die Schüler von einer anderen Schule, zudem waren Gewerkschafter oder linke Politiker anwesend.

Mit Blick auf die französischen Präsidentschaftswahlen im kommenden Frühjahr mischen sich politische Parteien immer stärker in den Konflikt ein. Die politische Partei „La France Insoumise“ unterstützt die Schüler, wird jedoch von Premierminister Sébastien Lecornu beschuldigt, zur Gewalt anzustiften.

Marine Le Pen vom Rassemblement National fordert ein Eingreifen: „Es ist dringend notwendig, die Ordnung wiederherzustellen.“ Bemerkenswert: Schon vor den Schülerprotesten gab es einen Gesetzesentwurf, bekannt als das sogenannte „Casseurs-payeurs“, der Teilnehmer an gewalttätigen Versammlungen mitverantwortlich für den Schaden machen kann, auch wenn sie selbst nichts zerstört haben. Der Entwurf lag bereits am 10. Juli dem Staatsrat vor und wurde am 16. September im Senat eingebracht: genau an dem Abend, an dem die Unruhen begannen. Inzwischen erklärt die französische Regierung, den Schülern entgegenkommen zu wollen

und bereit zu sein, 3.000 Aushilfslehrer einzusetzen, um abwesende Lehrer zu ersetzen. Die Schüler halten dies für unzureichend und haben inzwischen neue Demonstrationen angekündigt.

Verschiedene (rechtsgerichtete) internationale Medien führen den gesellschaftlichen Verfall in Frankreich auf die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung zurück. In der *New York Post* bezeichnet der Meinungsmacher, Chefkomentator und ehemalige Chefredakteur Brendan O'Neill die Unruhen als eine „Intifada im Herzen Europas“.

Er verweist dabei auf die vielen palästinensischen Flaggen und Jugendliche mit Migrationshintergrund, wobei sich ein Teil der Jugend heftig und aggressiv gegen die französische Gesellschaft und Kultur wendet. *RadioGenoa* twittert: „Das ist kein Studentenprotest, das ist ein Krieg gegen Europa!“

Die Niederländerin **Hendriëlle de Groot** ist eine freie Journalistin und schreibt unter anderem für *De Andere Krant*.

Erick Overveen ist ein niederländischer Autor, Journalist und Filmemacher. Er schreibt unter anderem für *De Andere Krant*, *Trouw* und *Nieuwe Revu*.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel „Frankrijk lijdt onder cocktail van crisis“ in Ausgabe 42 vom 17. Oktober der niederländischen Wochenzeitung *De Andere Krant*. Er wurde von Annette van Gessel ehrenamtlich übersetzt und vom



Es bringt wenig, nur im eigenen, wenn auch exquisiten Saft zu schmoren. Deshalb sammelt und veröffentlicht **Manovas Weltredaktion** regelmäßig Stimmen aus aller Welt. Wie denken kritische Zeitgenossen in anderen Ländern und Kulturkreisen über geopolitische Ereignisse? Welche Ideen haben sie zur Lösung globaler Probleme? Welche Entwicklungen beobachten sie, die uns in Europa vielleicht auch bald bevorstehen? Der Blick über den Tellerrand ist dabei auch ermutigend, macht er doch deutlich: Wir sind viele, nicht allein!